

# „Und die Kinder weinen...“

Schicksal der Otterndorfer Roma-Familie Thema im Kreistag / Landrat: „Uns waren die Hände gebunden“

VON **EGBERT SCHRÖDER**

**OTTERNDORF/CUXHAVEN.** Das Schicksal der in den Kosovo abgeschobenen achtköpfigen Otterndorfer Roma-Familie ist auch im Cuxhavener Kreistag zum Thema geworden. Virginia Stüben vom „Arbeitskreis Asyl“ überreichte Landrat Kai-Uwe Bielefeld eine Unterschriftenliste und kritisierte „eklatante Verfahrensfehler“. Ein Kölner Fachanwalt sei dabei, ein Verfahren in Gang zu setzen, damit die Familie wieder nach Deutschland zurückkehren könne.

Wie berichtet, war die Otterndorfer Familie im Dezember mitten in der Nacht von der Polizei abgeholt, zum Flughafen gebracht und ausgeflogen worden. Nachdem das Verschwinden der sechs Kinder und ihrer Eltern in Otterndorf bekannt geworden war, hagelte es Kritik an der Vorgehensweise von Behörden und Polizei. Seitens der Samtgemeinde Land Hadeln wurde beteuert, von der angeordneten Abschiebung nichts gewusst zu haben. Und Landrat Kai-Uwe Bielefeld unterstrich bei der Kreistagssitzung am Dienstag, dass der Landkreis Cuxhaven „keinen Ermessensspielraum“ gehabt habe. Zudem sei die Entscheidung zur Abschiebung an anderer Stelle gefallen. Ferner seien sämtliche Rechtsmittel ausgeschöpft worden – „der Fall war auch Thema in der Härtefallkommission des Landes“. In dieser letzten Instanz war der Antrag – wie berichtet – zwar zur Beratung angenommen, aber dann doch ab-



Die Cuxhavenerin Virginia Stüben übergab Landrat Kai-Uwe Bielefeld eine Liste mit 200 Unterschriften gegen die Abschiebung der **Otterndorfer Roma-Familie** in den Kosovo.  
Foto: Schröder

gelehnt worden. Damit war das Schicksal der Familie besiegelt und der Abschiebebeschluss rechtskräftig.

Die Durchsetzung des Abschiebebeschlusses ist die eine Seite – die aktuelle Lage der Familie im Kosovo eine andere. Virginia Stüben berichtete, dass besonders die Jungen und Mädchen unter der Situation leiden würden: „Wir ha-

ben oft mit der Familie telefoniert – und im Hintergrund konnte man immer die Kinder weinen hören.“

Während der Einwohnerfragestunde wurde die Rechtmäßigkeit des Verfahrens angezweifelt und an einen Beschluss des Kreistages erinnert, der derartige Abschiebungen in den Kosovo eigentlich unterbinden solle. Einer der Zu-

hörer kritisierte, dass der Landkreis nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um die Abschiebung zu verhindern. „Humanitäre Gründe“ hätten dagegen gesprochen. Dem widersprach Bielefeld: „Uns waren die Hände gebunden.“ Klar sei jedoch, dass bei der nächtlichen Abschiebung einer achtköpfigen Familie ein „ungutes Gefühl“ bleibe.